

# JÜDISCHE STIMME

## FÜR DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT IN ISRAEL/PALÄSTINA

Newsletter Nr. 118

### Israel beansprucht Deutungshoheit Deutsche Bank für Sozialwirtschaft im Clinch



Wie verkrampft und verfahren die Haltungen bezüglich Israel/Palästina besonders in Deutschland sind, zeigt folgendes Beispiel: Die Bank für Sozialwirtschaft wollte in Sachen Israel-Kritik und Antisemitismus alles richtig machen, schreibt die [TAZ](#). 2016 hatte die Jerusalem-Post die Bank als BDS-Bank apostrophiert, weil die deutsche *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*, die mit BDS (der Boykottkampagne gegen Israel) sympathisiert, dort ein Konto hatte. Also kündigte die Bank das Konto, richtete es aber wieder ein, nachdem sie sich überzeugt hatte, dass die *Jüdische Stimme* nicht die Existenz des Staates Israel in Frage stellte, sondern sich für ein Ende der Besatzung einsetzt. Doch damit war die Geschichte noch lange nicht beendet. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum veröffentlicht ein jährliches Ranking der schlimmsten antisemitischen Vorfälle ([NZZ zum Wiesenthal-Ranking](#)). 2018 fand sich die Bank für Sozialwirtschaft dort auf Platz 8, wegen ihrer Geschäftsverbindung mit der *Jüdischen Stimme* (auf Platz 1 stand die Ermordung von 11 Jüdinnen und Juden durch einen Antisemiten). Die Bank beauftragte daraufhin die Antisemitismus-Forscherin Juliane Wetzel zu klären, ob die *Jüdische Stimme* antisemitisch sei. Letztere findet es ein Unding, dass Deutsche darüber urteilen sollten, ob Holocaust-Nachkommen antisemitisch seien und verweigert die Kooperation.

Mit der „Jüdischen Stimme“ solidarisierten sich über 90 prominente jüdische und israelische [Intellektuelle](#). Sie verurteilten auch alle Einschüchterungsversuche der israelischen Regierung, die sich gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und

Institutionen richten, welche Besatzungspolitik kritisieren.

In den USA hat die Bürgerrechtsaktivistin Michelle Alexander möglicherweise mit einem Meinungsbeitrag in der New York Times den Beginn einer Gegenbewegung geschaffen. Viele, die Verständnis für die palästinensische Seite hätten, wagten dies aus Angst vor Repressalien nicht offen auszudrücken doch es sei jetzt, schreibt sie, „[Time to break the Silence](#)“.

## Jerusalem im Jüdischen Museum Berlin



Ein prominentes Beispiel hierfür betrifft das [Jüdische Museum](#) in Berlin. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu hat – so [Ha'aretz](#) – die deutsche Regierung aufgefordert, die Subventionen für das Museum und andere Institutionen zu stoppen. Das Jüdische Museum zeige in seiner gegenwärtigen grossen Jerusalem-Ausstellung eine muslimisch-palästinensische Sicht der Geschichte. Dieser israelische Alleinanspruch auf Deutungshoheit wurde in der Sendung [ZDF-Heute](#) thematisiert.

## Kein Persilschein von einem deutschen Bürgermeister



Der israelische Historiker Moshe Zuckermann verlangt, dass die Begriffe Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik klar auseinandergehalten werden. In einem [Gespräch](#) mit der Frankfurter Rundschau zu seinem jüngsten Buch „Der allgegenwärtige Antisemit oder Die Angst der Deutschen vor der Vergangenheit“ betont er, als Kind von Auschwitz-Überlebenden müsse er sich nicht vom Frankfurter CDU-Bürgermeister Uwe Becker einen Persilschein bezüglich Antisemitismus ausstellen lassen. Hintergrund der Kontroverse ist eine Ausstellung „50 Jahre israelische Besatzung. Unsere Verantwortung für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts“, an der Zuckermann beteiligt war, die Becker als in seiner Stadt für nicht willkommen erklärte.

## EAPPI auf dem NGO-Monitor



Der rechtsgerichtete israelische Think Tank NGO-Monitor hat einen 20-seitigen [Bericht](#) zu den Aktivitäten von [EAPPI](#) (Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel) veröffentlicht. Die Organisation des Weltkirchenrates schickt seit Jahren Freiwillige zur Beobachtung der Menschenrechtslage in die Westbank. *NGO Monitor* hat sich damit einen Namen gemacht, liberale Kräfte als Staatsfeinde abzubilden. In Zusammenarbeit mit Regierungskräften und anderen rechten Organisationen führen sie einen Propagandafeldzug, mit dem sie demokratische Regierungen davon abhalten wollen, Menschenrechtsorganisationen in Israel zu finanzieren.

## Nachtrag zum letzten jvjp-Newsletter



Unser letzter [Newsletter](#) zur Antisemitismus-Definition von IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) hat viel positives Echo ausgelöst. Der Journalist und Nahost-Experte Andreas Zumach beanstandet allerdings, dass wir nicht alle Zusammenhänge erwähnten:

«Leider weist die "jüdische Stimme" in ihrer Stellungnahme nicht darauf hin, dass der als angebliche "Arbeitsdefinition der IHRA" verbreitete Text, der inzwischen vom EU-Parlament und von zehn Staaten als offizielle Definition von Antisemitismus übernommen worden ist [...] das Ergebnis einer Manipulation ist». Die Stellungnahme von Andreas Zumach, die er uns per Mail geschickt hat, ist in voller Länge auch am Schluss des Artikels «Sie kritisierten Israel – und wurden gefeuert» auf [Infosperber](#) zu lesen.

## Veranstaltungen

הקן החדשה לישראל  
**New Israel Fund**  
 الصندوق الجديد لاسرائيل

### [Ist die Zweistaatenlösung tot?](#)

Mit Alon Liel, **Mittwoch, 27. Februar**, 20 Uhr, Kosmos  
 Veranstaltet von New Israel Fund und Jochi Weil-Goldstein

[Café Palestine](#)

**26. Januar**, Bern: Shrinking Space für  
Menschenrechtsorganisationen

**27. Januar**, Zürich / **28 Januar, Bern**: Palästina zwischen  
Dauerbesatzung und Aussichtslosigkeit

**Save the Date:**

**Zukunftsweisende Wege für demokratische Entwicklungen  
in Israel/Palästina**



Mit Dahlia Sheindlin (Foto), israelische  
Politikwissenschaftlerin und Publizistin, **Dienstag, 28. Mai**,  
19.30 Uhr, Kosmos  
Veranstaltet von jvjp.

Redaktionsteam: Shelley Berlowitz und Sibylle Elam

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der "Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina" jvjp überein. Sie enthalten aber in jedem Fall Ansichten, die wir bedenkenswert finden. Die Newsletter der jvjp dürfen weiter versendet und verlinkt werden unter der Bedingung, dass sie nicht verändert werden und die jvjp als Herausgeberin genannt wird.

[www.jvjp.ch](http://www.jvjp.ch)  
[info@jvjp.ch](mailto:info@jvjp.ch)

IBAN CH8500700111201105073

Zur Abmeldung vom Newsletter klicken Sie [hier](#).